

V-8 #BLEIBTSTABIL: KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT AFD UND ANDEREN RECHTSEXTREMEN GRUPPEN

Antragsteller*in: Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin)

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Unserer klaren Haltung gegen Hass, Hetze, Menschenfeindlichkeit und Gewalt
2 möchten wir
3 Nachdruck verleihen. So verschieden wie die Menschen in dieser Stadt sind auch
4 unsere
5 politischen Positionen - was uns jedoch eint, ist unser Bekenntnis zur Demokratie
6 und
unserer freiheitlichen Grundordnung und Anerkennung der Rechte und des Wertes
jedes
Menschen. In einer stabilen Demokratie gehört das dazu - doch damit sie stabil
bleibt,
müssen sie gemeinsam wehrhaft gegen die sein, die genau das abschaffen wollen.

7 Die AfD ist eine solche Partei! Als demokratische Partei verleihen wir unserem
8 bisherigen
9 Umgang Nachdruck und signalisieren den Berliner*innen: Eine Zusammenarbeit mit
10 der AfD und
11 Feind*innen der Demokratie wird es in Berlin nicht geben. Wir stehen an der Seite
12 all derer,
die Opfer der menschenfeindlichen Ideologie dieser Partei sind und stehen
solidarisch an der
Seite dieser Menschen in unserer Stadtgesellschaft. Wir alle gemeinsam sind
Berlin. Nazis
sind es nicht!

13 In diesen Zeiten ist es umso wichtiger, dass wir dagegen gemeinsam aufstehen
14 zeigen: Berlin
15 #bleibtstabil . Berlin zeichnet sich durch eine vielfältige und von
16 Unterschiedlichkeiten
17 geprägte Parteienlandschaft aus. In der Sache hart zu streiten, ist Teil unserer
18 Streitkultur und einer gesunden Demokratie. Ebenso ist es Teil, dafür den Rahmen
zu setzen -
wir sind uns einig und erneuern unser Bekenntnis einer Unvereinbarkeit von uns
als

Bündnis90/Die Grünen Landesverband Berlin mit der AfD. Konkret bedeutet das:

1. Wir setzen uns dafür ein, dass ein inhaltsähnlicher Beschluss von der Gesamtheit der demokratischen Parteien in Berlin gefasst wird. In einem solchen soll außerdem der Umgang, etwa bei Podiumsveranstaltungen (in Wahlkämpfen), geregelt werden.
2. Wir schließen eine Zusammenarbeit in jeder Form mit der AfD sowie anderen rechten sowie rechtsradikalen und -extremen Gruppen und Organisationen aus. Selbstverständlich umfasst das die Zustimmung zu Anträgen der AfD, die Einbindung in interfraktionelle Absprachen sowie die Koalitions- oder Kooperationsbildung in Berlin.
3. Wir werden weiterhin mit großem zeitlichen Einsatz und Überzeugung dafür einstehen, dass die Kräfte in Berlin, die sich zivilgesellschaftlich oder institutionell für demokratische Teilhabe und gegen extremistisches Handeln einsetzen, gestärkt werden. Besonderen Respekt haben wir vor dem vielen ehrenamtlichen Engagement.

Begründung

Die im Antrag zum Ausdruck gebrachte Haltung ist für uns selbstverständlich. Der Antrag ist Teil der bundesweiten Kampagne #bleibtstabil die wir durch diesen Beschluss als Landesverband unterstützen wollen. Nach den großen Demonstrationen für Demokratie und gegen Rechts wollen wir dieses Momentum nutzen und dieses Engagement in alle Räume der Gesellschaft tragen, um überall stabile Orte schaffen, an denen Rechtsextremismus keinen Platz hat. Weitere Infos zur der Kampagne und wie ihr auch auf Bezirkesebene, in Vereinen, oder als Gewerbetreibende aktiv werden könnt, findet ihr ihr: <https://bleibt-stabil.de> .

Unterstützer*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Kasimir Cesare Saladin Heldmann (LV Grüne Jugend Berlin), Marlene Jahn (LV Grüne Jugend Berlin), Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)